



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/282 - 13.12.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

SPD und Wehrgesetze	S. 1
Nachwort zu Strassburg	S. 3
Schlußstrich unter "Fall Bayern"	S. 5
Der andere Hessenblock	S. 7
Eine Entgleisung Sparks	S. 9
Anhang: Entschliessung und Kommuniqué des Parteivorstandes.	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Harte Tatsachen und entschlossene Sprache

-tt- "Bundeskanzler Adenauer hat angekündigt, dass sich die Bundesregierung vor der Einbringung der Wehrgesetze mit der Opposition an einen Tisch setzen wird." Mit dieser Sprachregelung versucht das Bundeskanzleramt dem westdeutschen Leser zweierlei zu suggerieren: erstens soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Ratifizierung der Pariser Militärverträge eine bereits entschiedene und erledigte Angelegenheit sei, und zweitens soll die Verantwortung für die Gemeinsamkeit oder Nichtgemeinschaft der Wehrgesetzgebung von vornherein der sozialdemokratischen Opposition zugeschoben werden. Der propagandistische und psychologische Trick, der hier angewandt wird, ist auf den ersten Blick durchschaubar. Trotzdem hält es die Opposition für erforderlich, ihre Stellungnahme noch einmal ganz klar zu umreißen.

Das Kommuniqué, das die Spitzengremien der SPD nach ihrer Wochenendtagung veröffentlicht haben, enthält die Erklärung, dass eine Mitarbeit der Sozialdemokratie an einer Wehrverfassung jetzt nicht zur Debatte steht. Das Bundeskanzleramt wird diese Feststellung zur Kenntnis nehmen müssen. Eine etwas weniger oberflächliche Lektüre der Beschlüsse des Berliner Bundesparteitages der SPD und der Berliner Novelle des Dortmunder Aktionsprogramms der SPD hätte die Umgebung des Bundeskanzlers die Fehlspekulation über die Haltung der SPD vermeiden lassen können, der sie jetzt zum Opfer gefallen ist. Die SPD hat in Berlin ihre grund-

sätzliche Stellung zur Frage der Verteidigung der Demokratie und der Freiheit ebenso unmissverständlich verkündet, wie sie das in der Frage ihrer Haltung zu einem Wahrbeitrag des westdeutschen Teilstaates im Rahmen der Vorstellungen getan hat, die sich der Bundeskanzler zu eigen gemacht hat. Was in Berlin beschlossen wurde, gilt heute genau so:

Das Bundeskanzleramt hat sich mit folgenden Tatsachen abzufinden:

1. Die SPD bekämpft die Pariser Verträge mit aller Entschiedenheit, weil sie in der mit ihnen verankerten Eingliederung des westdeutschen Teilstaates in den westlichen Militärblock eine nicht zu verantwortende Gefährdung oder gar Verhinderung der deutschen Wiedervereinigung sieht.
2. Die SPD fordert, dass vor einer Ratifizierung dieser Pariser Militärverträge auf Initiative der Bundesregierung von den Westmächten ein ernsthafter und konkreter Versuch zu unternommen ist, mit der vierten Besatzungsmacht, der Sowjetunion, in tatsächlichen Verhandlungen über eine von allen Seiten annehmbare Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu kommen.
3. Für die SPD gibt es jetzt überhaupt nur die Frage nach dem "OB" einer Verwirklichung der Pariser Militärverträge. Die Frage nach dem "Wie" ist für die Sozialdemokratie unaktuell. Die SPD sieht sich in dieser ihrer Haltung durch die Tatsache der ständig wachsenden Zahl ihrer Wähler und vor allem durch das entschiedene Votum der Jungwähler im "wehrpflichtigen" Alter zugunsten der sozialdemokratischen Position eindeutig bestätigt.
4. Sollte es aber irgendwann notwendig werden, militärische Organisationen in Westdeutschland aufzubauen zu müssen, dann wäre es ein nationales Unglück, wenn die Bundesregierung versuchen wollte, diesen Aufbau ohne oder gar gegen die SPD und die Arbeiterschaft durchführen zu wollen. Eine Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Opposition auf diesem - wie übrigens auch auf jeden anderen - Gebiet würde ausserdem ein Mindestmass an Loyalität der Regierung voraussetzen. Es liegt an der Bundesregierung, wenn die Opposition in dieser Hinsicht nur sehr geringe Hoffnungen hat.

Die Sprecher der SPD werden bei der aussenpolitischen Debatte des Bundestages keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Tatbestände der sozialdemokratischen Haltung aufkommen lassen.

Strassburg und die deutsche Wiedervereinigung

Von Fritz Eiler M.d.B.

Die letzte Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates für das Jahr 1954 ist zuende. Sie hat von der allgemeinen Europäistik Abstand genommen und sich konkret zu den meisten der anstehenden Fragen geäußert. Allerdings in einem Sinn, der dem Grundanliegen der deutschen und auch wohl der europäischen Politik, der Wiedervereinigung Deutschlands, nicht gerecht wird.

Immerhin ist die alte Vorstellung, dass man erst deutsche Divisionen haben müsse und dann mit der Faust auf den Tisch schlagen könne, um die Sowjets zur Herausgabe ihrer Zone zu bringen, praktisch aufgegeben. Die Schatten der von allen Weltmächten sichtbar begonnenen Politik der Entspannung fielen auch nach Strassburg. Die Versammlung forderte Verhandlungen mit der Sowjetunion zwar erst nach der Ratifizierung, aber immerhin sobald wie möglich. Ausserdem wünscht sie, dass diese Verhandlungen sofort, also noch vor der Ratifizierung, diplomatisch vorbereitet werden. Darin liegt die ausdrückliche Billigung der Sondierung der französischen Diplomatie in Moskau.

Die Zweigleisigkeit als Prinzip der Politik ist damit anerkannt. Man will endlich nicht nur rüsten, sondern gleichzeitig auch verhandeln. Allerdings soll die Ausführung der Verträge durch Verhandlungen nicht aufgeschoben werden. Wenn aber wirklich Verhandlungen zu erfolgreichen Einigungen führten, dürfte doch wohl die bessere Einsicht siegen. Allerdings wäre es gut, wenn der Europarat künftig die russische Politik nicht nur in der Zahl der Divisionen, sondern auch in dem Inhalt ihrer unzweideutigen Äusserungen etwas enger nähme.

Erfreulich ist, dass die deutsche Einheit nicht nur als nationales deutsches Sonderinteresse, sondern als europäische Frage erster Ordnung erkannt worden ist. Drei Ziele der Verhandlungen zwischen West und Ost hat der Europarat aufgestellt: die europäische Sicherheit, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Staatsvertrag mit Österreich. Damit wird die alte sozialdemokratische These anerkannt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands und die Regelung der europäischen Sicherheit ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

Leider wurde der Antrag des belgischen Sozialisten Rolin abgelehnt der für die Viermächteverhandlungen um der deutschen Wiedervereinigung willen forderte, dass man dem wiedervereinigten Deutschland auch einen

anderen militärischen Status als den der Zugehörigkeit zum atlantischen Militärsystem geben könne. Hier hat offensichtlich die Versammlung die Probleme nicht bis zuende gedacht oder nicht zuende denken wollen. Es ist unleugbar - niemand setzte sich mit diesem von der SPD vorgetragenen Gedanken ernsthaft auseinander -, dass Deutschland friedlich nicht vereinigt werden kann, wenn man es nach kommunistischem Rezept sowjetisieren oder nach den bisherigen Vorstellungen der Westmächte in einen amerikanischen Truppenübungsplatz verwandeln will. Der Weg für die dritte Lösung muss offengehalten werden.

Die Versammlung sieht die Gefahr, dass die sieben Mächte des neuen Brüsseler Paktes die Gemeinschaft der vierzehn Mitgliedstaaten aushebeln und deren Befugnisse an sich ziehen könnten. Sie äusserte sich unzweideutig dahin, dass die engere Gemeinschaft der sieben nur das tun dürfe, was ihr zwangsläufig obliege (also die Regelung der militärischen Fragen), während die wirtschaftliche, kulturelle, soziale und allgemeine politische Zusammenarbeit unter dem gemeinsamen Dach des Europarates bleiben müsse.

Schmerzlich für die Deutschen verlief die Debatte um die Saar. Herr Braun als Vertreter des Saarregimes machte klar, dass nach der Volksabstimmung keine Partei im Saargebiet eine andere Regelung der Saarfrage für den Friedensvertrag wünschen und öffentlich vertreten dürfe. Die politischen Freiheiten werden also nur auf Zeit gewährt und hängen mit der Volksabstimmung auf. Gegen die Stimmen aller deutschen Delegierten und einer Reihe einsichtiger Männer aus anderen Staaten lehnte die Versammlung die Forderung auf politische Freiheit auch für diesen Zeitraum als überflüssig ab. Unverständlicherweise enthielt sich dabei der CDU-Delegierte Graf Spreti der Stimme.

Die Gesamtentschliessung, in der das deutsch-französische Saarabkommen gebilligt wird, wurde schliesslich mit 77 gegen fünf Stimmen bei fünf Enthaltungen gutgeheissen. Sozialdemokratie und FDP stimmten dagegen; der BNE enthielt sich der Stimme. Die CDU stimmte dafür. Damit wird sichtbar, wie voraussichtlich auch die Fronten in Bonn verlaufen werden. Es kann aber niemand mehr mit gutem Gewissen vor der deutschen Volkshaupten, dass das Abkommen den Deutschen an der Saar die politische Freiheit bringe.

13.12.1954

Wer selbst im Glashaus sitzt...

dt - Hannover

Der Name "Beyer" fiel in diesen Tagen im niedersächsischen Landtag öfter, als dem Mann wahrscheinlich lieb ist, der ihn mit dem Zusatz "Bundesrichter" trägt. Das war bei der Behandlung des Ergebnisses, das der sogenannte Beyer-Ausschuss nach 18-monatiger Tätigkeit dem Landtag vorgelegt hat. Dr. Beyer ist jener Beamte, der, nachdem er jahrelang Vertrauen, Wohlwollen und Förderung des Ministerpräsidenten Kopf, privat wie beruflich, in seiner Stellung als Leiter der Personalabteilung der niedersächsischen Regierung genossen hatte, Anfang 1953 durch eine Empfehlung Kopfs die Stelle eines Bundesrichters in Karlsruhe erhielt und seinen Dank in einem 15-seitigen Brief abstattete, in dem er schwerste Vorwürfe gegen die Personalpolitik seines bisherigen Brotgebers erhob. Die Folge dieses Briefes war die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, das Ergebnis sind jetzt zwei Berichte: der des Ausschusses und der "Minderheitenbericht", jener gedruckt sechs Seiten lang (ohne den angehängten Beyer-Brief, der nochmals sechs Druckseiten misst), dieser mit Anhängen 35 Schreibmaschinenseiten lang.

Zwei Berichte - zwei Auslegungen

Es ist so gekommen, wie nach den bisherigen Ergebnissen parlamentarischer Untersuchungsausschüsse zu erwarten war: die beiden Berichte unterscheiden sich erheblich voneinander. Während der "amtliche" Bericht einige beanstandete Fälle zugibt, bei der Mehrzahl der Fälle einen Vorwurf im Sinne der "Anklage" ablehnt, zitiert der "Minderheitenbericht" 26 Fälle in einer Form, dass bei einiger Personal-Kennntnis unschwer zu erraten ist, welcher Beamte gemeint ist; ein Verfahren, das im Landtag gerügt wurde, weil es dem Beamtengesetz und den Vereinbarungen widerspricht, die der Ausschussarbeit zugrunde lagen. Der Geschmacklosigkeit scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein, wenn es um parteipolitisches Kapital geht.

Es hat lange gedauert, bis in der hitzigen Landtagsdebatte die Gewichte in ihr richtiges Verhältnis gebracht wurden. Das geschah durch die Abgeordnete Meyer-Sevenich mit dem Hinweis, dass in einem parlamentarischen Staat, dessen Politik von Parteien getragen wird, diese Parteien sich immer um personalpolitische Entscheidungen bemühen werden.

Das wollte die Ausschussmehrheit auch durch den Nachweis bekräftigen, dass auch die CDU, als sie in Hannover die Verantwortung mittrug, solchen Bestrebungen keineswegs abhold war. Diese Ansicht hat der Ausschuss nicht verwirklichen können, weil das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg einer entsprechenden Klage der Opposition stattgab und die Untersuchungen nur für die Zeit nach dem 12.8.1950 zuließ.

An diesem Tag war in Hannover die CDU aus der Koalition mit der SPD ausgetreten; der Ausschuss, der bereits 15 Fälle durchgearbeitet hatte, bei denen die CDU das Parteibuch als Richtschnur für die Tüchtigkeit eines Beamten genommen hatte, musste über dieses Material die Aktendeckel schliessen und sich auf die Zeit beschränken, da die SPD und später auch der BHE die Verantwortung trugen. Sehr spät erst, nämlich jetzt im Landtag, nicht schon während der Ausschussarbeit, konnte die Abgeordnete Meyer-Sevenich auf die "Gesangbuch-Praxis" in Bonn verweisen. Die Gesangbuch-Beamten und ihre Protektoren konnten bisher nur deshalb ruhig über ihren Personalakten schlafen, weil bis jetzt noch kein Mann aufgestanden ist, der wie Beyer in Hannover systematisch seit Jahren über sie und zum Teil ihre privaten Dinge mit der Absicht Buch geführt hat, sein Wissen im geeigneten Zeitpunkt zu verwerten.

"Von einem bestimmten Tag an..."

Frau Meyer-Sevenich ist in der Lage, "die Zweckbearbeitung der Personalakten" durch Beyer "von einem bestimmten Tag an" zu beweisen. Sie hat während des Ausschussverfahrens den als Zeugen einvernommenen heutigen Bundesrichter gefragt, ab wann er sich solche Aufzeichnungen aus den Personalakten gemacht hat, um sie später zu veröffentlichen. Ab Ende 1951, hat Dr. Beyer zugegeben. Ein Jahr später, mit dem Patent des Bundesrichters in der Tasche, hatte er den Mut zur Veröffentlichung seiner Sammlung aufgebracht. An dem gleichen Mut gebricht es ihm heute, er lässt den Vorwurf auf sich sitzen, dass er, der Bundesrichter, einem bereits eingeleiteten Verfahren wegen Entwendung eines Dokuments nur durch die Amnestie entgehen sei. Aber nicht nur Beyers Courage steht dabei zur Debatte: "Was ist", so wurde im Landtag gefragt, "für eine Bundesbehörde noch weiter notwendig, um ein Disziplinarverfahren gegen einen solchen Mann einzuleiten?"

Kein Primat der SPD

Man kann alle diese Dinge in das richtige Licht rücken, wenn man bestimmte Daten berücksichtigt. Als Dr. Beyer seinen berichtigten Brief veröffentlichte, zeichnete sich um politischen Horizont der Bundestags-

SPD-Pressedienst

1/IX/282

- 7 -

13.12.1954

wahlkampf ab. Jetzt, da die Angelegenheit abgeschlossen ist, steht der Wahlkampf für den neuen niedersächsischen Landtag vor der Tür. Der Beyer-Brief hat der niedersächsischen SPD im vergangenen Jahr nicht das geringste anheben können: sie hat bei den Landtagswahlen keine Einbußen erlitten. Es wird bei der Landtagswahl im April 1955 nicht anders sein, weil die Absicht zu transparent und die eigene Belastung der Auseren dieses "Wahlschlagers" zu offenkundig ist. Denn der Parteibuchbesitzer ist weder ein Primat der SPD, noch sind die Sozialdemokraten für die Entstehung von Gesangbuchbesitzern verantwortlich und die Leute, die da glauben, dass sie im "Minderheitenbericht" einen tüchtigen Prügel haben, werden aufpassen müssen, dass daraus nicht ein Buchrang wird.

+ + +

Soziale Front auch in Hessen

Der grosse Sieg der CDU /CSU bei den Landtagswahlen im September vorigen Jahres sollte nach dem Willen dieser Partei und ihrer Führung den Auftakt auch zu einem grossen Revirement in den Landesregierungen bilden. Es wurde damals die Furore ausgegeben, mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten, die SPD, wo sie noch in Landesregierungen vertreten war, auszuschalten.

Das Ergebnis ist, fünfvierteljährig danach, für die CDU/CSU niederschmetternd: die SPD führt heute in fünf Landesregierungen - Niedersachsen, Hessen, Bayern, Berlin und Bremen - die Regierung und in Baden-Württemberg ist sie durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und wesentliche Ressorts massgebend beteiligt. In den Ländern Schlesw.-Holstein, Hbg., Hessen, Bayern, Nordrhein-^{Westfalen} beträgt der Vorsprung der anscheinend so überragenden Position der CDU/CSU insgesamt nur noch rund 200 000 Stimmen und in Bayern, Hessen und Niedersachsen wird heute ganz ohne die Mitwirkung der CDU bzw. der CSU regiert. Das ist von dem Glanz des 6. September übriggeblieben, der damals so stark war, dass er den Sieger blindete und ihm den klaren Blick für die realpolitischen Möglichkeiten verhängnisvoll trübte.

Die zunächst letzte Etappe auf diesem Entwicklungswege ist die

Regierungsbildung in Hessen. Dort ist nun der Ministerpräsident in seinem Amte bestätigt worden, der für den Bundeskanzler immer ein besonders schmerzender Dorn im Auge gewesen ist und dessen Ablösung, mit einer starken persönlichen Note, mit grösstem Nachdruck von der Bonner CDU-Zentrale gefordert und für das oberste Wahlkampfziel des sogenannten Hessenblocks proklamiert worden war. Das Ziel war nicht weiter erstaunlich, denn in dem ebenso harten wie klugen Sinn und seiner rein sozialdemokratischen Regierung verkörperte sich die Gegnerschaft zur Politik des Kanzlers in den Ländern am klarsten und entschiedensten und, wie sich nun gezeigt hat, am erfolgreichsten.

Die Lösung in Hessen kam nicht so überraschend, wie es nach aussen hin für die breite Öffentlichkeit den Anschein hatte. Der BHE hatte sich im Grunde schon seit längerem für ein Zusammengehen mit der SPD entschieden, weil die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit einer penetrant überheblichen CDU/CSU im Bunde für den Gesamtdeutschen Block alles andere als eine Empfehlung zur Anwendung des gleichen Koalitionsprinzipes in den Ländern waren - was sich ja auch in Bayern ausgewirkt hat - und weil andererseits die niedersächsische Koalitionserfahrung mit der SPD für den BHE durchaus nicht abschreckend wirkte.

Gegen diese Einsicht hat sich auch ein Mann wieder Vorsitzende des Blocks, der Bundesminister Oberländer, nicht durchsetzen können. Das Abstimmungsergebnis mit 46 zu 13 Stimmen für einen Zusammengehen mit der Sozialdemokratie spricht eine deutliche Sprache. Hier ist eine echte soziale Front im Entstehen, die nicht allein einen Versuch darstellt, sondern eben gerade aufgrund der praktischen Erfahrungen in zwei so wichtigen Ländern wie Hessen und Niedersachsen zu einem guten Teil auf Erprobung beruht. In beiden Ländern hat die Politik des Zusammenklangs der schöpferischen Energien einer sozial betonten Landesregierung mit der Aufbauwillen der Schicht der Vertriebenen ihre Früchte getragen.

Das sind gute und hoffnungsvolle Ansätze, die auch in anderen Teilen des Bundes nicht übersehen werden können und auf Sich ihre weiteren Wirkungen haben werden.

Spaak und die nationalistische SPD

sp Der Vorwurf, die deutsche Sozialdemokratie sei nationalistisch, stammt ursprünglich von den Kommunisten. Er wurde zuerst erhoben, als Schumacher, seinerzeit der einzige Sprecher des geschlagenen Deutschland, die auf die dauernde Verarmung unseres Volkes gerichteten sowjetrussischen Reparationsansprüche zurückwies und sie ebenso entschieden gegen die westlichen Absichten wandte, Deutschland durch die Demontage seiner Industrie in einen Kartoffelacker zu verwandeln. In beiden Fällen war diese Haltung, die gerade auch bei manchen, dem deutschen Volk sonst wohlgesinnten Freunden zunächst auf Unverständnis stieß, durch das Motiv bestimmt, die Folgen solcher Massnahmen, nämlich Kommunismus und Nationalsozialismus, vor deutschem Volk fernzuhalten. Damit leistete Schumacher einen Dienst für die gesamte demokratische Welt. Das wird heute nirgendwo mehr bestritten.

Aber der Vorwurf ist geblieben und wird seitdem von allen Gegnern willig aufgegriffen. Er wird immer denn erhoben, wenn die deutsche Sozialdemokratie für die Interessen des deutschen Volkes eintritt, wie sie sie versteht. Aus dieser Sicht und dieser Verpflichtung heraus erscheint der SPD heute mehr denn je die Wiederherstellung der deutschen Einheit als eine Voraussetzung für eine allgemeine Entspannung. Sie widersetzt sich daher allen Schritten und Lösungen, die mit der Gefahr verbunden sind, dieses Ziel zu verbauen. Sie bekämpft gleichermassen Annexionsansprüche des Ostens und des Westens. So bekämpft sie das Scharstatut, weil es eine kalte Annexion ist. Der belgische Innenminister Spaak hat nun am Sonntag die Gelegenheit benutzt, der deutschen Sozialdemokratie Vorhaltungen über ihre Stellung zur Saarfrage und zu den Verträgen überhaupt zu machen. Diese Haltung sei, meinte Spaak, nationalistisch.

Es ist in jedem Fall ein schlechtes Prinzip, wenn führende Minister anderer Länder in die Angelegenheiten ihrer Nachbarn eingreifen und glauben, Zensuren für die eine oder andere Partei erteilen zu müssen. Die SPD hat seinerzeit dem Bundeskanzler das Recht bestritten, eine französische Partei oder Parteigruppe gegen Mendès-France auszuspielen. Dasselbe sollte auch für die Minister anderer Länder gelten. Damit wird das Recht dieser Minister, die Politik anderer Länder oder anderer Regierungen zu kritisieren, natürlich nicht berührt.

Bonn, den 13.12.1954

"Das ganze deutsche Volk muss es wissen!"

Entschliessung des Parteivorstandes zur internationalen Lage

Das ganze deutsche Volk muss wissen: Es droht die Gefahr einer Zerstörung aller Grundlagen von Viermächteverhandlungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

In Ost und West tritt immer unverhüllter das Bestreben zutage, der militärischen Blockbildung den Vorrang vor Viermächteverhandlungen zu geben und die Teile Deutschlands diesen Blöcken einzuverleiben. Dadurch würden nach dem Willen der Siegermächte zwei deutsche Armeen entstehen und bei möglichen Konflikten zwischen den beiden Machtblöcken die Gefahr des deutschen Bruderkrieges in unmittelbare Nähe rücken.

Die Sozialdemokratie bekennt sich vorbehaltlos zu einer Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze und zur friedlichen Regelung aller Streitfragen. Sie warnt vor dem verhängnisvollen Versuch, durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesperrt würde. Die Gefahr einer neuen Verschärfung der internationalen Gegensätze würde durch solche militärischen Tatsachen heraufbeschworen.

Vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung fordert die Sozialdemokratie äusserste Anstrengungen, um zu verhindern, dass die Teilung Deutschlands unabänderlich wird. Jede Möglichkeit der Einflussnahme in der Richtung der Einleitung von Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands muss genützt werden.

Die Sozialdemokratie richtet an die demokratischen Kräfte in der Welt, insbesondere an die Parteien der Sozialistischen Internationale den dringenden Appell, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die westlichen Besatzungsmächte sich für die Aufnahme von Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands entscheiden und unverzüglich an deren Vorbereitung auf diplomatischem Wege gehen.

Kommuniqué des Parteivorstandes

In Bonn tagten am Wochenende der Vorstand, der Parteiausschuss und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei. Nach einem Bericht des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer über die politische Lage nahmen die führenden Körperschaften in der Sozialdemokratie in einer Entschliessung Stellung zu der Gefahr einer Zerstörung aller Grundlagen für Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands.

In seinen Darlegungen in der gemeinsamen Sitzung der Führungskörperschaften der Partei unterstrich Ollenhauer, dass die SPD alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werde, um die deutsche Bevölkerung auf die Gefahren der Pariser Verträge für die Wiedervereinigung Deutschlands hinzuweisen. Eine Mitarbeit der SPD an einer Wehrverfassung stehe jetzt nicht zur Debatte. Ausserdem setze eine solche Mitarbeit der Opposition ein Mindestmass von Loyalität von seiten der Regierung voraus. Heute gehe es um das "Ob" und nicht um das "Wie" einer deutschen

Wiederbewaffnung.

Zur innerpolitischen Situation gab Erich Ollenhauer eine Analyse der letzten Wahlen in der Bundesrepublik. Sie gipfelte in der Feststellung, dass die Sozialdemokratie auch aus den letzten drei Wahlen in Bayern, Hessen und Berlin mit einem klaren Erfolg hervorgegangen ist. Damit habe sich die Entwicklung verstärkt fortgesetzt, die schon bei den Wahlen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein unverkennbar war. Ein besonders wichtiges Merkmal der letzten Wahlen sei der starke Einbruch der SPD in traditionelle Hochburgen der CSU in Bayern und die Erfassung von Wählerschichten in Hessen, die bisher der Sozialdemokratie fern gestanden haben. Die Tatsache, dass in Bayern eine Koalition zustande kam, die sich gegen unerträgliche Machtansprüche des politischen Klerikalismus richtet, sei für die weitere Entwicklung auch in der Bundesrepublik von grosser Bedeutung.

An die Rede Ollenhauers schloss sich eine lebhafte und gründliche Diskussion an.

Einen breiten Raum nahm in den Beratungen das Problem der Beziehungen zur Sowjetzone ein. Hierzu legte das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Fritz Heine, umfassendes Material vor. Er machte eine Reihe bestimmter Vorschläge für die praktische Behandlung dieser Frage. Als Kernstück dessen, was notwendig sei, erhob er die Forderung, ein Maximum an nichtoffiziellen gesamtdeutschen Beziehungen mit einem Minimum an Chancen für eine Stärkung des Pankower Regimes zu verbinden. Mit grösster Entschiedenheit und äusserster Wachsamkeit müsse man allen kommunistischen Infiltrationsversuchen, auf welche Weise sie immer unternommen werden, entgegenreten.

In der Diskussion darüber kam der entschlossene Wille zum Ausdruck, an dem Grundsatz eines möglichst umfangreichen und reibungslosen Reiseverkehrs zwischen den Zonen festzuhalten. Der Bevölkerung in der Sowjetzone müsse auf jede mögliche Weise praktische und ideelle Hilfe zuteil werden. Die Sozialdemokratie dürfe sich nicht zum Stosstrupp für Polizeimassnahmen bei der Abschnürung des Zonenverkehrs missbrauchen lassen. Man war sich in der Aussprache freilich darüber klar, dass man im Kampf um die Wiedervereinigung weder mit der Sowjetunion, noch mit den Westmächten, noch auch mit der Bundesregierung als wirklich aktiven Partner werde rechnen können.